

islaMedia

Newsletter zur Medienberichterstattung in türkischen Zeitungen
Nr. 124, 05.09.2011-14.09.2011

Niederlande

Hürriyet, 14.09.11, S. 17

Lahey/Niederlande: Gemeinsame Plattform gegen das Schächtungsverbot

„In den Niederlanden haben Muslime und Juden gemeinsam eine Plattform gegen das Schächtungsverbot gegründet. Der Rabbiner Lody van der Kamp und der Vorsitzende der islamischen Vereinigung IBW Ibrahim Wijbenga haben einen gemeinsamen Antrag an den Senat geschickt. Im Schreiben wird auf das Recht der freien Religionsausübung Bezug genommen. Darüber hinaus weisen die Verfasser auf die wichtige Bedeutung des Schächtens sowohl für die Juden als auch für die Muslime hin. In den Niederlanden hat vor allem die PvdD ihren Gesetzesantrag, der auf dem Verbot der Schächtung beruhte, durchsetzen können. Um das Gesetz rückgängig machen zu können, wird die Zustimmung des niederländischen Senats benötigt. Von der gemeinsamen Plattform erwarten sich die Akteure eine enge Zusammenarbeit mit Hinblick auf gemeinsame religiöse Aspekte und die Intensivierung des gemeinsamen Dialogs.“

Baden-Württemberg

Hürriyet, 14.09.11, S. 17

Die baden-württembergische Integrationsministerin Bilkay Öney fordert eine neue Diskussion des „Kopftuchgesetzes“ in Deutschland. Öney betont, dass der Staat sich zwar gegenüber religiösen Symbolen neutral verhalten muss, gleichzeitig erklärt sie jedoch: „Ich als Integrationsministerin sehe das Problem darin, dass den Frauen mit Kopftüchern der Weg in die Integration erschwert wird, weil sie ausgegrenzt und diskriminiert werden.“

Bilkay Öney organisierte im Rahmen des 10-jährigen Gedenkens an den 11. September 2001 eine Veranstaltung gemeinsam mit Vertretern aus muslimischen Organisationen. Die Veranstaltung stand unter dem Themenschwerpunkt Islamophobie. Während der Veranstaltung wurden Themen diskutiert, die für die in Deutschland lebenden Muslime relevant sind: „Nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001, wurde im Jahr 2002 das Antiterrorgesetz verabschiedet. 2005 wurde das Gesetz zur „**Luftsicherheit (???)**“ verabschiedet und 2006 der Gesinnungstest in Baden-Württemberg. Die Muslime werden in politischen Diskussionen seitdem stärker unter die Lupe genommen. Zudem wird auf sie ein deutlich höherer Druck ausgeübt.“ Öney betont, dass über das Kopftuchverbot unter diesen Aspekten neu diskutiert werden muss: „In der Vergangenheit war ich als Abgeordnete der Meinung, dass der Staat in solchen Fragen zur Neutralität verpflichtet ist. Nun habe ich jedoch eine andere Position. Ich bin Integrationsministerin und mein Ziel ist es, die Bedingungen für die Integration von muslimischen Frauen zu gewährleisten. Deshalb muss ich meine eigenen parteipolitischen Ansichten zuweilen hinten anstellen.“

Berlin

Sabah, 13.09.11, S. 18

(von Mesut Hastürk/Berlin)

Fehlende Begeisterung von seitens Politiker in Berlin

„Für die kommende Wahl in Berlin am 18. September versuchen die zur Wahl anstehenden Politiker ihre potenziellen Wählerinnen und Wähler mittels verschiedener Themenschwerpunkte für sich zu gewinnen. Trotz der Vielfältigkeit dieser Strategien, befindet sich die Kritik an den Parteien derzeit auf einem Höhepunkt. Die Kritik macht sich an den fehlenden Innovationen der Parteien fest. Die CDU, die sich seit Jahren in Berlin in der Opposition befindet, wird mit ihrem Vorsitzenden Frank Henkel als zu aggressiv empfunden. Henkels Slogan lautet mehr Polizei und mehr Sicherheit. Hintergrund für Henkels Wahlslogans sind die Gruppierungen, die in der jüngsten Vergangenheit in Berlin regelmäßig Autos von Privatpersonen in Brand gesetzt haben.

Die SPD mit Klaus Wowereit setzt während ihres Wahlkampfs wirtschaftliche Schwerpunkte wie den Bau des Tempelhofer Flughafens, die neuen Wolkenkratzer und Mercedes-Gebäude am Spreeufer, sowie die Vergrößerung des Schönberger Flughafens. Wowereit erklärt, dass er in der neuen Legislaturperiode die anstehenden Maßnahmen selbst in die Hand nehmen wird.

Hohe Mietpreise für Wohnungen

Die Grünen und die Linkspartei konzentrieren sich in ihrem Wahlkampf auf soziale Brennpunktthemen wie die ständig steigenden Mietpreise in Berlin. Ein Grund dafür liegt darin, dass die Berliner Mietshäuser im Besitz von ausländischen Investoren sind. Ein weiterer Schwerpunkt der Grünen und der Linkspartei sind die sanierungsdürftigen staatlichen Schulen.

Renate Künast, die bisher die einzige tatsächliche Konkurrentin zu Klaus Wowereit darstellte, werden gegenwärtig immer wenige Erfolgsaussichten prognostiziert. Insgesamt verläuft der Berliner Wahlkampf schleppend und mit geringen Wahlversprechen ab.

BIG im Fokus der Aufmerksamkeit

(<http://www.big-neukoelln.de/>, M. K.)

Das Bündnis für Innovation und Gerechtigkeit (BIG) ist der eigentliche Überraschungskandidat des Wahlkampfes. Das Bündnis erzielt seine höchste Aufmerksamkeit unter den Türkeistämmigen und türkischen Wählerinnen und Wählern. Das Bündnis gründet den größten Teil seines Parteienprogramms auf der Migrations- und Integrationspolitik. BIG startete darüber hinaus eine Kampagne gegen die Verleumdungen und Diskriminierungen von Thilo Sarrazin gegenüber Türken und Arabern. Die Partei zog während des noch laufenden Wahlkampfes aufgrund ihrer dichten und auffälligen Wahlplakate Aufmerksamkeit auf sich. Das Bündnis besteht aus vielen Mitgliedern unterschiedlichster Herkunft und ist somit deshalb die vielfältigste Partei in Berlin.“

Berlin

Zaman, 12.09.2011, S. 5

U-18-Urne

(von Azdamat Damir, Berlin)

„Im Rahmen der kommenden Wahl am 18. September nahmen in Berlin die jüngsten Wählerinnen und Wähler unter 18 Jahren an einer symbolischen Wahl für Jugendliche teil. Die Jugendlichen entschieden sich während der Wahl namens U-18 mehrheitlich für die Grünen Partei. Die Wahlurnen waren in verschiedenen Schulen, Bibliotheken und Jugendhäusern aufgestellt. Während den aktuellsten Umfragen zufolge die Grünen an dritter Stelle stehen, erhält die Partei von den Jugendlichen insgesamt 23,56% der abgegebenen Stimmen. Die Sozialdemokraten kommen an zweite Stelle mit insgesamt 21,42%. Die CDU erhält demnach 11,51% und die Linkspartei 7,08%. Mit Hinblick auf die aktuellsten Umfrageergebnisse spiegelt sich die Konkurrenzsituation der FDP und der Piratenpartei auch in den Wahlpräferenzen der Jugendlichen wieder. Wenn die Jugendlichen tatsächlich stimmberechtigt wären, würde sie die Piratenpartei mit insgesamt 9,07% wählen. Die

symbolischen Wahlen unter den Jugendlichen beinhalten für die einzelnen Berliner Bezirke hohes Aussagepotenzial. In Berlin dürfen Wählerinnen und Wähler ab 16 Jahren an den Bezirkswahlen teilnehmen. Bei den Wahlen am 18. September werden mehr als 43 000 Jungwähler ihre Stimmen abgeben können. Die Landeszentrale für politische Bildung ruft die jungen Wählerinnen und Wähler dazu auf, sich unbedingt an den Wahlen zu beteiligen: „Die nächsten fünf Regierungsjahre in Berlin werden nur von denjenigen bestimmt werden, die sich auch tatsächlich an den Wahlen beteiligen werden.“

Berlin

Zaman, 10.09.2011, S. 4

Piratenpartei laut Umfragen bei 6,5%

„Den Umfragen zufolge birgt die Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus am 18. September Überraschungen: demnach wird die FDP nicht genügend Stimmen für den Einzug in das Abgeordnetenhaus erhalten. Die im Jahr 2006 gegründete Piratenpartei wiederum wird laut Umfragen mit derzeit 6,5% der Wahlstimmen die Hürde passieren. Bis zum Wahlsonntag bleibt eine knappe Woche Zeit. Laut Infratest Dimap, die für die ARD-Tagesthemen eine Umfrage durchgeführt hat, ergibt sich folgende Wahlprognose: 29,5% für die SPD. In den vorherigen Umfragen folgten die Grünen, was sich laut Infratest Dimap jedoch mittlerweile geändert hat. Demzufolge steht die CDU mit 22% an zweiter Stelle. Im Vergleich mit dem Ergebnis des Monats September aus dem Vorjahr haben die Grünen 2% verloren und kommen nun an dritter Stelle mit insgesamt 20%. Die Linkspartei, die sich in den letzten Jahren zunehmend als Konkurrenz zur SPD entwickelte, steht laut Umfrageergebnis mit 11% an vierter Stelle. Folglich gibt es keine links-links-Koalition. An fünfter Stelle steht die Piratenpartei deren Einzug, im Gegensatz zur FDP, in das Abgeordnetenhaus dem Ergebnis zufolge gegeben ist. Die Partei BIG (Bündnis für Innovation und Gerechtigkeit), die in Berlin zum ersten Mal zur Wahl antritt, deren Vorsitzende und Kandidaten allesamt aus Kandidaten mit Migrationswurzeln bestehen, erscheinen nicht in den Umfragen. Der BIG-Vorsitzende İsmet Mısırlıoğlu erklärt, dass sie ein Ergebnis von 1%-2% der gesamten Wählerstimmen erwarten: „Die Umfrageinstitute orientieren sich an den Stimmen der deutschen Wahlberechtigten und nicht derer, die einen Migrationshintergrund besitzen. Unser Ziel ist, in Berliner Bezirken mit einem hohen Migrationsanteil genügend Stimmen für fünf unserer Kandidaten zu erreichen, damit sie in das Abgeordnetenhaus gewählt werden.“

Sabah, 08.09.11, S. 13

Murat Kurnaz: „Bin Laden hat den Islam missbraucht.“

Der auf Guantanamo jahrelang inhaftierte Murat Kurnaz kritisiert, dass westliche Staaten Muslime als potenzielle Attentäter sehen. Murat Kurnaz wurde von der amerikanischen

Regierung auf Guantanamo inhaftiert und für viele Jahre festgehalten. Insgesamt fünf Jahre später wurde er im Jahr 2006 mit Hilfe der deutschen Regierung freigelassen. Kurnaz spricht über seine Enttäuschung von Politikern und kritisiert die Haltung westlicher Staaten, alle Muslime als potenzielle Terroristen zu verdächtigen. Im Interview mit der Wochenzeitung „Die Zeit“ erklärt Kurnaz: „Obwohl ich unschuldig war, bin ich vier Jahre lang auf Guantanamo festgehalten worden. Meine Enttäuschung über die verantwortlichen Politiker aus dieser Zeit ist groß. Die verantwortlichen Politiker handelten gesetzeswidrig. Zwar habe ich versucht, mich persönlich nicht zu stark davon beeinflussen zu lassen. Meine Enttäuschung jedoch sitzt tief.“

Kurnaz kritisiert vor allem die Haltung des früheren deutsche Vizekanzler und Außenminister Franz-Walter Steinmeier mit Hinblick auf seine Inhaftierung. Murat Kurnaz erklärt in der Zeit, dass Steinmeier gegen seine Wiedereinreise nach Deutschland gewesen ist und mit dem amerikanischen Gemeindienst kooperierte: „Die westlichen Staaten halten alle Muslime für Tatverdächtige.“ Kurnaz erklärt, dass sein ihm per Gesetz zustehendes Recht missbraucht und missachtet wurde. Er erklärt, dass er unrechtmäßig verurteilt wurde und gefoltert worden ist. Darüber hinaus verurteilt Kurnaz Osama Bin Ladens Instrumentalisierung der Religion für terroristische Zwecke. Kurnaz: „Wenn ein christlicher Fundamentalist einen Terroranschlag verübt ist es doch genauso falsch und verwerflich, alle Christen für potenziell gefährlich zu halten. Das gilt umgekehrt genau so für Muslime. Der 11. September hat das politische Klima völlig vergiftet.“ Mit seiner Vergangenheit auf Guantanamo hat er keine Schwierigkeiten mehr, so Kurnaz. Gegenwärtig arbeitet Murat Kurnaz als Projektmitarbeiter im sozialen Bereich in Bremerhaven.“

Berlin

Sabah, 07.09.11, S. 18

SPD ist Siegerin an der Wahlurne

„Am 18. September finden die Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus statt. Für die Nicht-EU-Staatsangehörigen wurden im Vorfeld symbolische Wahlen veranstaltet. Raed Saleh, Mitglied im Berliner Abgeordnetenhaus (SPD) und Vorsitzender der Organisation „Jede Stimme zählt“, erläutert die Wahlergebnisse in Zahlen: die SPD ging mit 37,6% der Stimmen als klare Siegerin hervor. An zweiter Stelle stehen die Grünen mit 25,6% der Stimmen und an dritter Stelle die Linkspartei mit 12,1% der abgegeben symbolischen Wahlstimmen. Die Christdemokraten wiederum erzielten 7,8% der Stimmen und 5,6% der Stimmen konnte die Partei BIG für sich vereinigen. Die Piratenpartei ging mit 3,4% der Stimmen hervor. An letzter Stelle steht die FDP mit 2,4% der Stimmen.

(Vgl. dazu auch: <http://www.migazin.de/2011/09/06/spd-und-grune-vorn-cdu-abgeschlagen/>, Anm. M. K.)

470 000 Menschen können Ihre Wahlstimme nicht einsetzen

An der „symbolischen Wahl“ nahmen insgesamt 2500 Personen teil, erklärt Raed Saleh. Das sind deutlich mehr Personen als erwartet, so Saleh. Saleh weist darauf hin, dass in Berlin fast 470 000 Personen aufgrund der fehlenden deutschen Staatsbürgerschaft nicht wahlberechtigt sind: „Diese Menschen leben seit vielen Jahren hier in Berlin. Aus diesem Grund ist es nicht nachvollziehbar, weshalb sie nicht wählen dürfen. Alle Parteien müssen sich für dieses Thema einsetzen. Unser Ziel ist es mit unserer Aktion eine breite Diskussion zu eröffnen.“

2013

Saleh verdeutlicht, dass es eine hohe Zahl an Einbürgerungswilligen gibt. Diese jedoch die deutsche Staatsbürgerschaft nicht erhalten, da ihre Einkommen zu gering sind: „Die Höhe des Einkommens darf kein Kriterium für den Erhalt der deutschen Staatsbürgerschaft sein.“ Im Jahr 2013 wird der Bundestag neu gewählt. Saleh betont, dass sie den symbolischen Gang zur Urne wiederholen werden, falls es bis dahin keine Gesetzesänderungen gibt: „Genauer gesagt beläuft sich die Zahl der nicht stimmberechtigten Personen in Deutschland in die Millionen.“

Bedeutender Erfolg

İsmet Mısırlıoğlu, Vorsitzender der Berliner Partei BIG, äußert sich zur Bedeutung des Wahlergebnisses für die BIG. Die Partei BIG wird das erste Mal am 18.09.2011 zur Wahl des Berliner Abgeordnetenhauses antreten. Die BIG plant ein erfolgreiches Wahlergebnis und hofft, dass sich das Wahlergebnis der symbolischen Wahl am 18.09. widerspiegeln wird.“

Gedenken an den 11. September

Zaman, 05.09.11, S. 5

ZMD: Angriffe am 11. September schaden dem Islam

„Die islamischen Gemeinden hoben den großen Schaden, den der Islam durch die terroristischen Angriffe des 11. Septembers genommen hat, während der Gedenkveranstaltung zum 11. September vor. Der ZMD fasste die gesellschaftlichen und politischen Ergebnisse seit dem 11. September 2001 wie folgt zusammen: „Es gibt immer noch Menschen, die tatsächlich immer noch davon überzeugt sind, dass der 11. September ein Sieg des Islam gegenüber dem Westen gewesen ist. Das ist völliger Blödsinn.“ Aiman Mazyek, Vorsitzender des ZMD erklärt, dass die gesamte Menschheit aufgrund dieser Anschläge große Verluste und großen Schaden angenommen hat; die gesellschaftlichen

Probleme dauerten folglich bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt an. Die Terroristen wiederum haben dem Islam deutlichen Schaden zugefügt, so Mazyek. Die Muslime hatten direkt nach den Angriffen die terroristischen Attacken verurteilt, was leider nicht zu jedem und in alle Winkel durchgedrungen ist: „Viele glaubten uns – und genauso viele glaubten uns eben nicht“, erklärt Mazyek. In New York verloren insgesamt 3000 Menschen bei den Terrorangriffen ihr Leben. 500 von ihnen waren Muslime, betont Mayzek.“

Berlin

Zaman, 05.09.11, S. 5

Großes Interesse an symbolischer Wahl in Berlin

(Kemal Kurt/Berlin)

„Im Rahmen der Landtagswahlen in Berlin am 18. September wurde der symbolische Gang zur Wahlurne ausgeführt. Die symbolische Wahl gilt für die Berliner mit Migrationsgeschichte, die nicht wahlberechtigt sind. In Berlin leben 460 000 Menschen, die nicht aus EU-Staaten kommen. Es wurden 63 Wahlurnen symbolisch aufgestellt, die mit regem Interesse aufgesucht wurden. Die Wahlergebnisse sind im Internet veröffentlicht worden. Auch in der Bayram Cami Derneği wurde eine Wahlurne von seitens der Gemeindeorganisation aufgestellt. Selcuk Saydam, im Ehrenamt der Moscheegemeinde Hacı Bayram Moschee tätig kritisiert, dass das fehlende Wahlrecht einen demokratischen Makel darstellt. Saydam betont das große Interesse der Türkeistämmigen und Türkischstämmigen Berliner an der symbolischen Wahl in Wedding.“

Den Newsletter zur Medienberichterstattung in türkischen Zeitungen finden Sie auch in unserem Archiv auf www.islamedia.de unter der Rubrik Newsletter.

Impressum:
Friedrich-Alexander Universität Erlangen-Nürnberg
Erlanger Zentrum für Islam und Recht in Europa (EZIRE)
Professor Dr. Rohe
Schillerstraße 1
91054 Erlangen

Autorin Newsletter: Meltem Kulaçatan
www.islaMedia.de

- Der Newsletter erscheint in unregelmäßigen Abständen und erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit
- Angeführte Links bzw. Artikel geben nicht die Meinung der Herausgeber wieder, sondern versuchen die aktuelle Diskussion um den Islam und die Muslime in Europa in den Medien wiederzuspiegeln
- Um den Newsletter zu bestellen bzw. abzubestellen bitte um Antwort mit "Bestellen" bzw. "Abbestellen" im Betreff

